



Ministerium der Justiz Nordrhein-Westfalen, 40190 Düsseldorf

Seite 1 von 1

Präsident des Landtags
Nordrhein-Westfalen
Herrn André Kuper MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
18. WAHLPERIODE

VORLAGE
18/451

Alle Abgeordneten

14. 11. 2022

Aktenzeichen
5121 - I. 222/RA
bei Antwort bitte angeben

Bearbeiterin: Frau Mazannek
Telefon: 0211 8792-362

für die Mitglieder
des Rechtsausschusses

4. Sitzung des Rechtsausschusses des Landtags Nordrhein- Westfalen am 16. November 2022

Bericht zu TOP „Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des
Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2023 (Haushaltsge-
setz 2023)“

Anlage

1 Bericht

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

zur Information der Mitglieder des Rechtsausschusses übersende ich
als Anlage einen öffentlichen Bericht zu dem o. g. Tagesordnungspunkt.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Benjamin Limbach

Dienstgebäude und
Lieferanschrift:
Martin-Luther-Platz 40
40212 Düsseldorf
Telefon: 0211 8792-0
Telefax: 0211 8792-456
poststelle@jm.nrw.de
www.justiz.nrw



**Ministerium der Justiz
des Landes Nordrhein-Westfalen**

4. Sitzung des Rechtsausschusses
des Landtags Nordrhein-Westfalen
am 16. November 2022

Schriftlicher Bericht zu TOP
„Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes
Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2023
(Haushaltsgesetz 2023)“

Fragen der Fraktion der AfD

Herr Abgeordneter Dr. Hartmut Beucker hat namens der Mitglieder der Fraktion der AfD mit Schreiben vom 09.11.2022 Fragen zum Entwurf des Einzelplans 04 des Haushalts 2023 übermittelt. Diese werden wie folgt beantwortet:

Frage 1:

„Der Justizminister Dr. Limbach und Staatssekretärin Frau Dr. Brückner trafen sich am 17. Oktober mit dem Landesvorstand der DJG NRW. Ein zentrales Thema war die Ausbildung in der Justiz. In der Gesprächsrunde soll man sich einig gewesen sein, dass im Bereich der Ausbildung in der Justiz „noch viel Luft nach oben besteht“, man aber auf einem guten Weg sei. Wie sehen die Maßnahmen der in diesem Zusammenhang beauftragten Agentur zur Nachwuchsgewinnung konkret aus und welche Kosten entstehen aus der Beauftragung? Welche Kriterien waren bei der Auswahl der Agentur von Bedeutung? Wie hält die Landesregierung den Erfolg der Maßnahmen nach, wenn es z.B. darum geht, die „Marke Justiz“ in allen Bereichen stärken und voranbringen zu wollen? Wie beurteilt die Landesregierung den Erfolg der in 2019 gestarteten Medienkampagne zur Nachwuchsgewinnung und wie wird die Imagekampagne zur Attraktivitätssteigerung der Justiz NRW als Arbeitsgeberin vorangetrieben? Welche Erfahrungen wurden mit den eigenen Kanälen in den sozialen Medien gemacht?“

Antworten:

- *„Wie sehen die Maßnahmen der (...) beauftragten Agentur zur Nachwuchsgewinnung konkret aus und welche Kosten entstehen aus der Beauftragung?“*

Mit der beauftragten Agentur wurden in 2021 zielgruppenspezifische Kampagnen für Social-Media entwickelt und umgesetzt. Diese wurden 2022 fortgeführt, auf weitere Social-Media-Kanäle und Online-Portale ausgedehnt sowie um einzelne Out-Of-Home-Maßnahmen erweitert. Daneben ist in 2022 ein Markenprozess zur Steigerung der Bekanntheit der Justiz als Arbeitgeber für die verschiedenen - der Öffentlichkeit zumeist unbekannt - Berufsgruppen gestartet, der in 2023 zunächst intern vorangetrieben werden soll. Die Entwicklung konkreter Kampagnen ist noch nicht abgeschlossen, so dass damit verbundene Kosten noch nicht beziffert werden können.

- *„Welche Kriterien waren bei der Auswahl der Agentur von Bedeutung?“*

Die Beauftragung der Agentur ist im Rahmen eines europaweiten Vergabeverfahrens anhand festgelegter Eignungs- und Leistungskriterien (u.a. Größe, Erfahrungen, Referenzen, Mitarbeiterqualifikationen) erfolgt. In einer ersten Vergaberunde wurden die nach bestimmten inhaltlichen Anforderungen zu erstellenden Angebote der Bieter mit Punktwerten versehen. Bewerberinnen und Bewerber mit der höchsten Kennzahl und Bewerberinnen und Bewerber, deren Kennzahl um bis zu 20% niedriger war als die Höchst Kennzahl, wurden zu einer zweiten Vergaberunde zur

Vorstellung ihrer Kreation für eine Rechtspflegerkampagne eingeladen. Die Entscheidung wurde von einer aus mindestens drei Personen bestehenden Vergabekommission getroffen.

- *„Wie hält die Landesregierung den Erfolg der Maßnahmen nach, wenn es z.B. darum geht, die „Marke Justiz“ in allen Bereichen stärken und voranbringen zu wollen?“*

Die Social-Media-Kampagnen werden über ein Reporting ausgewertet. Zusätzlich wird die Entwicklung der Bewerbungszahlen für die Ausbildungsberufe und die Dualen Studiengänge im Hinblick auf die Laufzeit der Kampagnen und weitere Recruiting Maßnahmen der Mittelbehörden evaluiert.

- *„Wie beurteilt die Landesregierung den Erfolg der in 2019 gestarteten Medienkampagne zur Nachwuchsgewinnung und wie wird die Imagekampagne zur Attraktivitätssteigerung der Justiz NRW als Arbeitsgeberin vorangetrieben?“*

Im Vorfeld der ersten Kampagne wurde Mitte 2021 eine Nullmessung über die Bekanntheit der Arbeitgeberin Justiz.NRW durchgeführt. Die Folgemessung nach Beendigung der Kampagne Ende 2021 hat ergeben, dass sich die gestützte Bekanntheit der Justiz als Arbeitgeber um 7% und die Attraktivität um 9% steigern konnten. Diese Entwicklung kann als erster Erfolg verbucht werden.

Die Social-Media-Kampagnen weisen gute Ergebnisse in den Bereichen Reichweite, Klickrate und Wiedergabedauer auf. Dies zeigt, dass die Kampagnen auf großes Interesse stoßen und es seitens der Nutzerinnen und Nutzer einen Bedarf gibt, mehr über die vorgestellten Berufe zu erfahren. Der Fokus der Nachwuchsgewinnung lag, in Abstimmung mit den Oberlandesgerichten und dem Vollzug, auf der Bewerbung einzelner Berufsbilder.

Der Markenprozess zur Attraktivitätssteigerung als Arbeitgeberin wurde in 2022 bereits angestoßen und soll in 2023 zunächst intern vorangetrieben werden. Die Entwicklung konkreter Kampagnen ist noch nicht abgeschlossen.

- *„Welche Erfahrungen wurden mit den eigenen Kanälen in den sozialen Medien gemacht?“*

Im Rahmen der Aktivitäten der Nachwuchsgewinnung auf den Social-Media-Kanälen haben wir die Möglichkeit, in den direkten Austausch mit potentiellen Bewerberinnen und Bewerbern zu gehen.

Auf der einen Seite können wir unsere Zielgruppe in den sozialen Netzwerken sehr gut erreichen und entsprechend Aufmerksamkeit für die Berufe und Karrierechan-

cen in der nordrhein-westfälischen Justiz schaffen. Wir nutzen dafür auch die entsprechenden Targetingmöglichkeiten METAs. Gleichzeitig haben auch die potentiellen Bewerberinnen und Bewerber unkompliziert die Möglichkeit, uns Feedback zu geben sowie Fragen, z.B. zum Bewerbungsablauf oder Einstiegsvoraussetzungen, zu stellen. Diese Nachfragen können relativ zügig von uns beantwortet werden können. Dieser Austausch ist ausgesprochen gewinnbringend.

Frage 2:

„Die Landesregierung kündigt an, die Modernisierung und Digitalisierung der Justiz in Nordrhein-Westfalen weiter vorantreiben zu wollen. In einem schriftlichen Bericht der Landesregierung vom 12. September 2022 zum aktuellen Sachstand der Digitalisierung in der nordrhein-westfälischen Justiz (Vorlage 18/103) teilte die Landesregierung mit, dass beim Zentralen IT-Dienstleister der Justiz des Landes NRW (ITD) rund 80 AKA unbesetzt sind. Gleichzeitig wies die Landesregierung darauf hin, dass die Suche nach geeignetem IT-Personal sehr schwierig ist. Im Erläuterungsband zum Einzelplan 04 betont die Landesregierung die zunehmende Abhängigkeit aller Arbeitsschritte der Justiz von einer jederzeit vollumfänglich funktionierenden IT und stellt fest, dass beim ITD dauerhaft Personal nötig ist. Welche Maßnahmen plant die Landesregierung konkret zur Verbesserung der personellen Ressourcen beim ITD, der angesichts der zukünftigen Anstrengungen im Zusammenhang mit der Digitalisierung von besonderer Bedeutung ist? Welche Haushaltsmittel sind hierfür in welcher Größenordnung vorgesehen?“

Antwort:

Wie bereits im schriftlichen Bericht zum TOP „Bericht der Landesregierung zum aktuellen Sachstand der Digitalisierung in der nordrhein-westfälischen Justiz“ vom 14. September 2022 dargelegt (Vorlage 18/103), könnte sich die Zahl der unbesetzten Stellen bereits im laufenden Jahr möglicherweise noch verringern, denn dem Zentralen IT-Dienstleister der Justiz (ITD) sind 2022 erstmals 20 hochdotierte Technikerstellen zugewiesen worden, die es ermöglichen sollen, auch Bewerber*innen mit abgeschlossenem IT-Studium für den ITD zu gewinnen. Eine erste Stelle ist ausgeschrieben, drei weitere Stellen werden in Kürze veröffentlicht, für weitere vier Stellen laufen die Vorbereitungen der Stellenausschreibungen. In weiteren Bereichen – vor allem für die regionale Anwenderbetreuung – haben die vergangenen Wochen zudem einige Erfolge erbracht, hier sind acht Stellenbesetzungen (jeweils mit voller Arbeitskraft an verschiedenen Standorten in NRW) vorgesehen.

Grundsätzlich stellt sich die Personalgewinnung im Bereich IT jedoch weiterhin sehr schwierig dar, insbesondere Rechenzentrumsadministratoren sind kaum zu finden. Daher wurden und werden die Bemühungen im Bereich der Personalgewinnung weiter intensiviert. Ein eigener Zweig der Social-Media-Personalgewinnungskampagne des Ministeriums der Justiz wird künftig konkret auf Interessentinnen und Interessenten im IT-Bereich abzielen. Bei den Ausschreibungen werden zudem neue kommerzielle Portale (z.B. StepStone, Indeed) genutzt. Und inzwischen tritt der ITD auch auf Personalgewinnungsmessen im Bereich IT auf. Die hierfür 2023 aufzuwendenden

Haushaltsmittel lassen sich nur schwer absehen, werden sich aber voraussichtlich auf zumindest 15.000 € belaufen. Daneben wird es auch in Zukunft parallel zu den vorstehenden Personalgewinnungsmaßnahmen unerlässlich sein, namentlich in den Bereichen Verfahrenspflege und Anwenderbetreuung Beschäftigte und Beamte mit Kenntnissen der Justiz (-programme) aus den Gerichten und Staatsanwaltschaften für den ITD zu gewinnen. Hierzu werden aktuell Gespräche zwischen dem Ministerium der Justiz und den Mittelbehördenleitern geführt.

Darüber hinaus wurde zur Personalgewinnung im IT Bereich im Haushaltsjahr 2020 landesweit der beamtete Ausbildungsgang „Verwaltungsinformatikerin, Verwaltungsinformatiker“ eingerichtet. Die ersten Absolventen werden nach 4jährigem Studium in 2024 übernommen werden können. Seit dem werden jährlich landesweit 100 Studierende eingestellt. Im Justizkapitel sind im Haushaltsjahr 2023 insgesamt 25 Stellen für Verwaltungsinformatikerinnen und Verwaltungsinformatiker etatisiert.

Frage 3:

„Die Landesregierung verweist auf die Empfehlungen der Expertenkommission zu Optimierungsmöglichkeiten im Justizvollzug. Unter anderem sollen Haushaltsmittel etatisiert werden, um dringend benötigte Plätze zur stationären Behandlung von psychisch kranken Gefangenen zu schaffen. Wie hat sich seit 2019 die Anzahl der psychisch kranken Gefangenen mit Bedarf an intensiver Behandlung in den einzelnen Justizvollzugsanstalten verändert? Im Erläuterungsband zum Einzelplan 04 werden in Kapitel 04 410 unter IX. die Justizvollzugseinrichtungen erfasst. Beim Sachhaushalt wird unter dem Punkt 1.3.1. bzgl. der psychiatrisch intensivierten Behandlung in den Justizvollzugsanstalten das Konzept in Zusammenarbeit mit externen Experten für die Betreuung von schwerwiegend psychisch chronisch kranken Gefangenen erwähnt. Die Umsetzung des Gesamtkonzepts habe sich allerdings als nicht realisierbar erwiesen. Mit der Einführung von mehreren Einzelmodulen (z.B. Ergotherapie) ist die Annäherung an das Gesamtkonzept vorgesehen. Im Erläuterungsband wird anschließend unter 1.3.2 unter anderem die psychiatrische Videosprechstunde erwähnt. Welche weiteren Einzelmodule sind zur Annäherung an das Gesamtkonzept vorgesehen?“

Antwort:

Der Anteil von psychisch erkrankten Gefangenen im Justizvollzug in Nordrhein-Westfalen liegt unverändert bei ca. 30 %. Darüber hinaus liegen keine Zahlen vor, die den Bedarf an intensiver Behandlung von psychisch kranken Gefangenen dokumentieren.

Zu der Frage, welche weiteren Einzelmodule zur Annäherung an das Gesamtkonzept der Psychiatrisch Intensivierten Behandlung (PIB) vorgesehen sind, ist Folgendes zu sagen:

Jede Justizvollzugsanstalt hat ein auf ihre vollzugliche Zuständigkeit ausgelegtes Konzept zur Umsetzung der PIB entworfen.

Zu den tragenden Leistungselementen der PIB gehören: Psychopharmakologische Behandlung, Psychoedukation, krankheitsfokussierte Psychotherapie, Ergotherapie, Bewegungstherapie und Entspannungsübungen.

Darüber hinaus werden folgende Elemente in einzelnen Anstalten umgesetzt:

- soziales Kompetenztraining
- Hirnleistungstraining
- Arbeitstherapie
- Einsatz von Skills - Boxen
- Entspannungstechniken
- Kunst- und/oder Musiktherapie.

Frage 4:

„Wenn volljährige Menschen psychisch erkranken und sie nicht mehr in der Lage sind, die eigenen Angelegenheiten ganz oder teilweise zu besorgen, kann das unter Umständen ein Fall für das Betreuungsgericht sein. Das Betreuungsgericht prüft - unter anderem durch Einholung eines medizinischen Sachverständigengutachtens -, ob der Betroffene krankheitsbedingt tatsächlich nicht mehr in der Lage ist, seine Angelegenheiten insgesamt oder in Teilbereichen alleine zu besorgen. Hat die Landesregierung Kenntnisse darüber, ob die Verfahrenslaufzeiten an den Betreuungsgerichten sich im Rahmen zumutbarer Bearbeitungszeiten bewegen? Wie viele Frauen und Männer stehen derzeit in Nordrhein-Westfalen unter Betreuung? (Bitte die Entwicklung seit 2020 und nach Gerichtsbezirken aufschlüsseln) Wie hat sich die Fallanzahl pro Richter in den Betreuungsabteilungen der Amtsgerichte seit 2020 entwickelt? (Bitte nach Gerichtsbezirken aufschlüsseln) Hat die Landesregierung Kenntnisse darüber, dass Verfahren nicht zeitnah bearbeitet werden können, weil z.B. Sachverständigen-gutachten fehlen oder andere Verzögerungen auftreten?“

Antwort:

Der Geschäftsanfall bei den Betreuungsgerichten wird grundsätzlich im Rahmen der Anordnung über die Erhebung von statistischen Daten in Verfahren des Betreuungsgerichts (B-Statistik) erfasst. Dabei wird auch die Gesamtdauer der laufenden Betreuungen ab deren Einrichtung bis zur Beendigung der Betreuungsverfahren bei dem jeweiligen Gericht erhoben. Die Bearbeitungsdauer ab Verfahrenseingang bis zu der erstmaligen Anordnung einer Betreuung wird allerdings nicht erhoben. Somit liegen hier keine Erkenntnisse darüber vor, ob sich die Verfahrenslaufzeiten bis zur Entscheidung über die jeweiligen Anträge im Betreuungsverfahren im Rahmen zumutbarer Bearbeitungszeiten bewegen.

Die Anzahl der Personen, die derzeit in Nordrhein-Westfalen unter Betreuung stehen, wird im Rahmen der B-Statistik erhoben und wurde in der nachstehenden Anlage 1 aufgeschlüsselt nach Gerichtsbezirken zusammengestellt.

Die Entwicklung der Fallanzahl pro Richter in den Betreuungsabteilungen der Amtsgerichte seit 2020 wurde in der nachstehenden Anlage 2 zusammengestellt. Zu diesem Zweck wurde der erhobene Geschäftsanfall (Neuzugänge Betreuungsverfahren, richterliche Anordnungen und Genehmigungen insbesondere in Unterbringungssachen und richterliche Rechtshilfesachen) dem maßgeblichen Personaleinsatz nach den Personalübersichten (Betreuungssachen und Unterbringungssachen Erwachsener) gegenübergestellt. Eine weitergehende Differenzierung ausschließlich nach Betreuungsverfahren ist auf der Grundlage der vorhandenen statistischen Daten nicht möglich.

Kenntnisse, dass Verfahren nicht zeitnah bearbeitet werden können, weil z.B. Sachverständigengutachten fehlen oder andere Verfahrensverzögerungen auftreten, liegen hier nicht vor.

Anlage 1

Anzahl der Männer und Frauen, die derzeit unter Betreuung stehen	2020		2021		3. Quartal 2022	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich
Amtsgerichte						
Nordrhein-Westfalen	141.132	125.328	142.883	124.645	143.246	123.797
Oberlandesgerichtsbezirk Düsseldorf	34.525	31.237	35.001	31.156	35.176	31.090
Düsseldorf	3.327	3.278	3.458	3.334	3.568	3.410
Neuss	2.135	2.035	2.126	1.980	2.115	1.954
Ratingen	456	425	455	428	449	430
Langenfeld	1.031	903	1.032	869	1.035	845
Dinslaken	653	637	669	592	655	577
Duisburg	1.529	1.454	1.524	1.403	1.492	1.358
Duisburg-Hamborn	942	856	948	849	956	841
Duisburg-Ruhrort	1.096	961	1.107	964	1.121	989
Mülheim	973	902	996	890	997	886
Oberhausen	1.221	1.126	1.259	1.147	1.288	1.167
Wesel	876	776	885	766	911	769
Emmerich	441	383	458	381	445	375
Geldern	967	774	989	763	989	753
Kleve	1.474	1.200	1.462	1.169	1.427	1.163
Moers	928	849	970	885	983	887
Rheinberg	906	932	888	916	881	909
Kempen	532	422	522	403	527	412
Krefeld	2.008	1.813	2.009	1.817	2.049	1.821
Nettetal	445	401	446	372	418	373
Erkelenz	1.083	1.035	1.104	1.048	1.111	1.046
Grevenbroich	807	664	814	664	804	637
Mönchengladbach	1.757	1.383	1.787	1.388	1.794	1.382
Mönchengladbach-Rheydt	1.251	1.020	1.305	1.075	1.329	1.079
Viersen	1.062	829	1.051	838	1.043	824
Mettmann	906	875	906	902	903	884
Remscheid	954	789	1.009	813	1.049	804
Solingen	1.322	1.214	1.332	1.210	1.351	1.237
Velbert	732	686	729	691	715	663
Wuppertal	2.711	2.615	2.761	2.599	2.771	2.615
Oberlandesgerichtsbezirk Hamm	75.025	66.121	75.902	65.633	76.025	65.063
Arnsberg	851	781	838	748	846	741
Brilon	550	471	560	464	558	492
Schmallenberg	380	268	364	252	347	249
Marsberg	442	332	436	325	432	319
Medebach	201	180	188	170	183	157
Menden	515	428	522	435	531	439
Meschede	424	368	418	360	418	364

Anlage 1

Anzahl der Männer und Frauen, die derzeit unter Betreuung stehen	2020		2021		3. Quartal 2022	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich
Amtsgerichte						
Soest	791	787	785	775	787	792
Warstein	489	331	491	315	483	300
Werl	480	422	478	416	498	416
Bielefeld	3.722	3.341	3.834	3.321	3.879	3.333
Bünde	541	449	561	457	557	448
Gütersloh	1.188	873	1.212	870	1.191	873
Halle	649	552	641	555	637	563
Herford	1.197	1.040	1.259	1.083	1.248	1.058
Lübbecke	428	438	457	451	467	475
Minden	1.583	1.264	1.643	1.250	1.626	1.248
Bad Oeynhausen	1.506	1.037	1.477	1.008	1.484	1.009
Rahden	645	508	650	501	675	520
Rheda-Wiedenbrück	665	641	708	657	689	656
Bochum	2.138	2.028	2.167	2.015	2.155	1.946
Herne	1.030	948	1.114	956	1.128	985
Recklinghausen	2.158	1.976	2.179	1.944	2.215	1.926
Herne-Wanne	581	548	582	536	619	547
Witten	784	669	764	636	765	647
Blomberg	364	298	356	296	321	267
Detmold	1.398	1.216	1.439	1.206	1.431	1.182
Lemgo	1.471	1.230	1.438	1.179	1.424	1.194
Castrop-Rauxel	678	618	626	585	632	564
Dortmund	5.473	4.682	5.513	4.720	5.483	4.617
Hamm	1.308	1.126	1.324	1.117	1.319	1.111
Kamen	835	720	837	744	819	732
Lünen	1.078	1.009	1.108	989	1.121	1.013
Unna	933	866	894	832	881	813
Bottrop	828	895	854	872	852	846
Dorsten	573	575	574	556	571	548
Essen	3.299	3.021	3.335	2.979	3.356	2.895
Essen-Borbeck	733	623	714	598	698	591
Essen-Steele	856	741	855	746	852	744
Gelsenkirchen	2.233	1.862	2.212	1.824	2.273	1.839
Gladbeck	735	722	737	705	738	717
Hattingen	396	430	418	425	425	417
Marl	1.010	972	994	984	1.018	968
Altena	382	282	401	281	404	280
Hagen	1.778	1.628	1.762	1.644	1.746	1.611
Iserlohn	1.194	1.090	1.226	1.055	1.237	1.085
Lüdenscheid	898	742	905	740	918	747

Anlage 1

Anzahl der Männer und Frauen, die derzeit unter Betreuung stehen	2020		2021		3. Quartal 2022	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich
Amtsgerichte						
Meinerzhagen	332	224	313	226	312	230
Plettenberg	193	191	192	173	193	182
Schwelm	839	734	850	734	864	718
Schwerte	342	357	354	354	364	331
Wetter	452	507	458	501	466	504
Ahaus	745	621	760	615	776	620
Ahlen	717	736	749	718	760	720
Beckum	700	570	691	574	699	544
Bocholt	787	727	770	700	782	709
Borken	1.185	958	1.202	915	1.208	911
Steinfurt	997	900	1.056	939	1.056	929
Coesfeld	704	911	718	906	716	885
Dülmen	407	617	422	594	425	572
Gronau	435	351	432	358	442	355
Ibbenbüren	737	656	737	650	752	639
Lüdinghausen	568	525	584	513	593	501
Münster	2.296	1.809	2.375	1.821	2.379	1.832
Rheine	892	738	881	737	890	735
Tecklenburg	720	625	741	627	726	623
Warendorf	791	734	806	726	820	719
Brakel	524	465	523	476	491	456
Delbrück	255	191	248	180	232	180
Höxter	392	325	381	330	376	325
Lippstadt	1.273	1.059	1.290	1.068	1.314	1.033
Paderborn	2.067	1.925	2.200	1.984	2.197	1.964
Warburg	521	336	516	349	501	337
Bad Berleburg	315	249	318	257	317	250
Lennestadt	362	285	352	308	344	295
Olpe	516	445	525	409	516	422
Siegen	1.570	1.322	1.608	1.314	1.577	1.258
Oberlandesgerichtsbezirk Köln	31.582	27.970	31.980	27.856	32.045	27.644
Aachen	3.348	2.892	3.426	2.966	3.472	2.998
Düren	2.322	1.862	2.301	1.838	2.288	1.839
Eschweiler	898	806	861	760	882	766
Geilenkirchen	889	942	925	943	946	945
Schleiden	660	444	680	434	665	432
Heinsberg	791	710	812	739	802	765
Jülich	555	526	552	517	540	492
Monschau	245	182	257	180	253	179

Anlage 1

Anzahl der Männer und Frauen, die derzeit unter Betreuung stehen	2020		2021		3. Quartal 2022	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich
Amtsgerichte						
Bonn	2.560	2.495	2.608	2.518	2.602	2.556
Euskirchen	1.438	1.182	1.458	1.128	1.481	1.111
Königswinter	420	389	419	398	433	385
Rheinbach	360	345	366	329	351	315
Siegburg	2.502	2.261	2.530	2.244	2.523	2.209
Waldbröl	845	753	886	749	886	706
Bergisch-Gladbach	1.238	1.031	1.178	991	1.162	933
Bergheim	1.008	945	1.029	976	1.018	970
Brühl	887	826	883	809	866	794
Gummersbach	1.206	1.067	1.177	1.046	1.167	1.009
Kerpen	696	681	702	646	701	654
Köln	6.533	5.693	6.705	5.758	6.771	5.728
Wipperfürth	574	461	594	455	590	462
Leverkusen	1.377	1.244	1.404	1.219	1.419	1.191
Wermelskirchen	230	233	227	213	227	205

Anlage 2

Fallanzahl pro Richter in Betreuungssachen, Unterbringungssachen sowie richterliche Rechtshilfesachen	2020		2021		3. Quartal 2022	
	Anträge	Anträge je Richter	Anträge	Anträge je Richter	Anträge	Anträge je Richter
Nordrhein-Westfalen	156.510	627,60	154.584	572,26	39.162	143,52
Oberlandesgerichtsbe- zirk Düsseldorf	38.974	680,65	39.289	667,84	9.885	160,60
Düsseldorf	4.820	660,27	5.079	755,80	1.136	156,26
Neuss	2.759	691,48	2.764	577,04	737	175,48
Ratingen	569	669,41	527	667,09	137	173,42
Langenfeld	2.429	837,59	2.360	813,79	631	242,69
Dinslaken	1.296	974,44	1.250	1.059,32	251	251,00
Duisburg	2.366	768,18	2.631	764,83	755	168,15
Duisburg-Hamborn	913	647,52	1.031	656,69	246	159,74
Duisburg-Ruhrort	925	608,55	1.074	654,88	257	139,67
Mülheim	1.559	677,83	1.307	575,77	279	117,23
Oberhausen	1.820	919,19	1.831	888,83	497	150,61
Wesel	543	502,78	568	546,15	112	112,00
Emmerich	598	747,50	506	632,50	92	115,00
Geldern	713	648,18	733	666,36	168	152,73
Kleve	2.034	739,64	2.060	749,09	583	179,38
Moers	805	533,11	785	467,26	230	132,95
Rheinberg	1.027	855,83	1.087	869,60	275	335,37
Kempfen	323	461,43	312	445,71	74	105,71
Krefeld	2.121	543,85	1.890	472,50	413	121,47
Nettetal	281	407,25	262	369,01	57	83,82
Erkelenz	852	608,57	908	648,57	186	132,86
Grevenbroich	600	600,00	580	532,11	139	129,91
Mönchengladbach	919	525,14	1.026	593,06	244	98,79
Mönchengladbach- Rheydt	1.238	809,15	1.307	837,82	334	202,42
Viersen	1.126	900,80	1.113	904,88	249	199,20
Mettmann	720	514,29	681	469,66	129	86,00
Remscheid	1.464	813,33	1.265	632,50	319	159,50
Solingen	874	590,54	960	685,71	284	139,33
Velbert	1.240	1.078,26	1.236	1.261,22	303	297,06
Wuppertal	2.040	496,35	2.156	468,70	768	160,00
Oberlandesgerichtsbe- zirk Hamm	81.390	606,98	79.402	549,65	20.005	140,07

Anlage 2

Fallanzahl pro Richter in Betreuungssachen, Unterbringungssachen sowie richterliche Rechtshilfesachen	2020		2021		3. Quartal 2022	
	Anträge	Anträge je Richter	Anträge	Anträge je Richter	Anträge	Anträge je Richter
Arnsberg	931	596,79	867	280,58	241	61,01
Brilon	738	1.153,13	473	569,88	151	232,31
Schmallenberg	217	361,67	241	388,71	57	95,00
Marsberg	1.034	907,02	989	867,54	222	181,97
Medebach	143	433,33	157	628,00	30	100,00
Menden	289	578,00	302	363,86	94	177,36
Meschede	355	554,69	278	397,14	58	81,69
Soest	628	550,88	670	598,21	150	153,06
Warstein	956	956,00	937	937,00	270	317,65
Werl	318	600,00	283	566,00	70	107,69
Bielefeld	3.266	506,36	3.357	479,57	834	117,80
Bünde	416	577,78	405	506,25	95	135,71
Gütersloh	1.416	532,33	1.374	361,58	340	89,47
Halle	418	475,00	434	510,59	92	92,00
Herford	1.394	580,83	1.512	630,00	398	159,20
Lübbecke	1.064	967,27	1.188	1.131,43	254	276,09
Minden	1.849	708,43	1.922	750,78	488	164,31
Bad Oeynhausen	1.182	664,04	1.086	583,87	252	120,00
Rahden	272	388,57	327	408,75	64	67,37
Rheda-Wiedenbrück	525	535,71	433	416,35	94	78,33
Bochum	2.155	489,77	2.184	541,94	560	127,27
Herne	800	522,88	830	503,03	194	102,11
Recklinghausen	2.792	727,08	2.605	593,39	570	137,35
Herne-Wanne	428	423,76	436	558,97	115	111,65
Witten	617	617,00	589	555,66	166	132,80
Blomberg	238	396,67	257	367,14	65	92,86
Detmold	1.439	669,30	1.586	689,57	365	140,38
Lemgo	1.301	508,20	1.376	537,50	306	119,53
Castrop-Rauxel	639	440,69	703	536,64	176	160,00
Dortmund	6.195	688,33	6.201	639,28	1.700	177,08
Hamm	1.120	568,53	1.074	518,84	294	173,96
Kamen	731	456,88	681	360,32	146	76,84
Lünen	837	410,29	858	408,57	220	101,85
Unna	572	381,33	625	411,18	124	82,67

Anlage 2

Fallanzahl pro Richter in Betreuungssachen, Unterbringungssachen sowie richterliche Rechtshilfesachen	2020		2021		3. Quartal 2022	
	Anträge	Anträge je Richter	Anträge	Anträge je Richter	Anträge	Anträge je Richter
Bottrop	912	552,73	892	743,33	198	165,00
Dorsten	416	428,87	362	358,42	102	141,67
Essen	4.434	594,37	3.492	432,71	906	127,61
Essen-Borbeck	868	1.045,78	837	951,14	216	216,00
Essen-Steele	542	516,19	559	494,69	148	123,33
Gelsenkirchen	2.607	620,71	2.428	583,65	599	176,18
Gladbeck	480	406,78	472	429,09	102	92,73
Hattingen	1.072	1.020,95	1.010	808,00	243	131,35
Marl	740	496,64	682	401,18	212	114,59
Altena	321	553,45	326	465,71	76	108,57
Hagen	1.620	726,46	1.719	731,49	638	271,49
Iserlohn	1.857	644,79	2.030	636,36	427	194,98
Lüdenscheid	1.308	934,29	1.343	959,29	279	199,29
Meinerzhagen	256	426,67	262	436,67	42	120,00
Plettenberg	142	507,14	180	461,54	37	82,22
Schwelm	590	453,85	555	433,59	152	126,67
Schwerte	342	645,28	354	667,92	81	202,50
Wetter	660	1.100,00	691	1.151,67	193	311,29
Ahaus	373	449,40	402	528,95	118	168,57
Ahlen	395	564,29	389	427,47	83	73,45
Beckum	358	453,16	387	471,95	90	94,74
Bocholt	645	516,00	579	512,39	170	141,67
Borken	792	528,00	811	567,13	183	130,71
Steinfurt	579	466,94	621	456,62	151	99,34
Coesfeld	753	317,72	816	316,28	238	144,24
Dülmen	986	835,59	807	645,60	208	154,07
Gronau	406	495,12	367	421,84	96	110,34
Ibbenbüren	527	425,00	507	448,67	112	106,67
Lüdinghausen	371	515,28	332	454,79	70	106,06
Münster	4.777	710,86	4.880	665,76	1084	150,97
Rheine	973	452,56	902	375,83	254	105,83
Tecklenburg	976	625,64	885	427,54	239	124,48
Warendorf	1.137	494,35	1.253	642,56	332	237,14
Brakel	588	660,67	493	573,26	124	134,78

Anlage 2

Fallanzahl pro Richter in Betreuungssachen, Unterbringungssachen sowie richterliche Rechtshilfesachen	2020		2021		3. Quartal 2022	
	Anträge	Anträge je Richter	Anträge	Anträge je Richter	Anträge	Anträge je Richter
Delbrück	208	533,33	178	456,41	43	119,44
Höxter	394	679,31	324	540,00	87	181,25
Lippstadt	1.584	613,95	1.368	562,96	490	180,81
Paderborn	2.763	603,28	3.219	493,71	900	115,38
Warburg	429	660,00	346	487,32	71	107,58
Bad Berleburg	577	769,33	419	590,14	95	148,44
Lenneadtadt	393	604,62	334	513,85	90	138,46
Olpe	363	442,68	425	559,21	120	127,66
Siegen	3.601	1.017,23	2.924	684,78	651	217,00
Oberlandesgerichtsbe- zirk Köln	36.146	622,88	35.893	537,00	9.272	135,38
Aachen	4.682	763,78	4.611	740,13	1.074	171,84
Düren	3.873	988,01	3.797	949,25	1.108	196,11
Eschweiler	721	686,67	635	431,97	148	134,55
Geilenkirchen	1.315	718,58	1.520	760,00	350	175,00
Schleiden	367	464,56	326	412,66	82	103,80
Heinsberg	654	441,89	741	463,13	161	107,33
Jülich	459	540,00	431	463,44	90	100,00
Monschau	195	541,67	143	397,22	38	190,00
Bonn	4.925	596,97	4.619	427,69	1.240	115,89
Euskirchen	1.381	463,42	1.382	531,54	343	127,04
Königswinter	310	516,67	316	526,67	62	124,00
Rheinbach	281	439,06	311	485,94	75	117,19
Siegburg	1.937	607,21	1.834	547,46	494	156,83
Waldbröl	816	627,69	796	564,54	214	186,09
Bergisch-Gladbach	1.668	842,42	1.465	357,32	342	84,44
Bergheim	753	251,84	883	360,41	242	94,90
Brühl	997	664,67	955	565,09	226	226,00
Gummersbach	1.314	750,86	1.155	700,00	275	134,15
Kerpen	429	612,86	446	469,47	109	155,71
Köln	7325	588,35	7.704	485,14	2155	119,46
Wipperfürth	293	395,95	286	381,33	83	127,69
Leverkusen	1266	597,17	1.361	667,16	322	201,25
Wermelskirchen	185	430,23	176	320,00	39	62,90